

Multiple Krise?

Begriff, Konzept, Aktualität¹

In den letzten Jahren hat der Begriff »Multiple Krise« Hochkonjunktur. Das betrifft nicht nur von links geführte Debatten, um gegenwärtige Krisenprozesse einzuordnen, sondern auch und gerade das bürgerliche Lager und Vertreter von Kapitalfraktionen. So spricht der Alex-Springer-Journalist Robin Alexander in der »Welt« von einer »Multi-Krise« (2022), die sich v. a. aus dem Ukraine-Krieg, der Corona-Pandemie und Inflationszuwächsen speise. Ähnlich resümiert Ferdinand Otto in der »Zeit« aufgrund einer Gleichzeitigkeit verschiedener Krisen »Multiple Krisen« (2022). In der »Berliner Morgenpost« heißt es, dass die Energiekrise seit Beginn des Ukraine-Krieges ein weiterer Beschleuniger der »Multiplen Krisen« (o. A. 2023) sei. Und schließlich fordert die Deutsche Industrie- und Handelskammer, dass sich deutsche Unternehmen gegen »multiple Krisen« (2023) zu rüsten haben. Es gelte neue »Geschäftsstrategien [...] etwa bei Lieferketten, Produktionsstandorten« zu entwickeln sowie bei »Absatz- und Umsatzmärkten die Risiken zu streuen [...], um im Krisenfall besser gerüstet zu sein.« (ebd.)

An Krisendiagnosen in der gesamten Öffentlichkeit mangelt es also nicht. Die Zitate zeigen daher ein Bewusstsein für die Zuspitzung gegenwärtiger Krisenkonstellationen, das auch von Kapitaleseite her besteht. Dementsprechend verbreiten sich Begriffe wie multiple Krise, Vielfachkrise oder Polykrise in der gesamten politischen Öffentlichkeit. Doch welches Krisenverständnis legen die genannten Journalisten und die DIHK zu Grunde? Unter einer multiplen Krise fassen diese unterschiedliche Krisenelemente, die miteinander addiert eine multiple Krise ergeben: z. B. Krisen infolge der Corona-Pandemie, Klima- und Umweltkrisen, Energiekrisen, Kriege, einzelne ökonomische Entwicklungen, eine steigende – oder zuletzt stagnierende – Inflationsrate. Folgerichtig ist auch immer wieder von multiplen Krisen die Rede, also im Plural gesprochen. Auf die Suche nach einem inneren Zusammenhang der Krisenelemente begeben sie sich nicht oder nur bedingt. Stattdessen wird die multiple Krise eher als eine zufällige Gleichzeitigkeit mehrerer gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer, ökologischer und geopolitischer Krisen dargestellt, die weitgehend unabhängig voneinander sind oder nur oberflächlich miteinander in Beziehung stehen; bspw. die Energiekrise infolge der Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland. Insofern werden auch keine grundlegenden gesellschaftlich-politisch-ökonomischen Fragen mit dieser Begriffsverwendung thematisiert, die einer multiplen Krise zugrunde liegen, also ggf. eine große Krise im Kapitalismus oder gar des Kapitalismus als Ganzes. Lediglich scheint es so, als sei die Moderation dieser verschiedenen, gleichzeitig auftretenden Krisen komplex oder zumindest komplexer als in früheren Zeitperioden.

1 Der Artikel basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Marxistischen Studienwoche 2023.

Marxistische »Ansprüche« der Krisendeutung

Handelt es sich bei der multiplen Krise also um einen Container-Begriff, der in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen von verschiedenen Seiten mit unterschiedlichen Bedeutungen gefüllt wird und sich daher nicht für eine Krisendeutung aus marxistischer Perspektive eignet? Jedenfalls bedarf er offenkundig einer Klärung. Wenn der Begriff multiple Krise verwendet wird, muss ein damit verbundenes Konzept in der Lage sein, nicht nur einzelne Krisenelemente, sondern auch deren Zusammenhänge und Wechselwirkungen sichtbar und erklärbar zu machen. Außerdem müsste aus einer marxistischen Lesart heraus das Ziel sein, die Rolle des Kapitalismus in einer multiplen Krise zu reflektieren. Eine Krise *des* oder *im* Kapitalismus ist dabei nicht nur als eines von mehreren Krisenelementen zu betrachten, die miteinander addiert eine multiple Krise ergeben. Vielmehr ist aus marxistischer Perspektive in den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen ein wesentlicher Motor der multiplen Krise zu suchen. Das bedeutet nicht, dass alle gegenwärtig sichtbaren Krisenelemente monokausal auf den Kapitalismus rückführbar wären – insofern auch nicht zwingend kapitalismusspezifisch sind –, aber mit ihm in Verbindung stehen. So sind bspw. zahlreiche Umwelt- und Klimakrisen nicht allein durch kapitalistische Profit- und Ausbeutungslogiken erklärbar, hängen aber mit diesen zusammen.

Ein solcher Blick auf die multiple Krise bedingt, diese nicht ökonomistisch-deterministisch zu verstehen. Kapitalismus ist insofern nicht auf Ökonomie zu reduzieren. Gerade sollte es aus marxistischer Perspektive um den Gesamtzusammenhang von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Ökologie, Geschlechterverhältnissen und weiterer Ebenen gehen. Allerdings: Diese Ebenen sind nicht eine Zufallskonstellation, sondern im Kontext der ökonomischen Logiken des Kapitalismus zu denken. So schrieb Engels in seinem bekannten Brief an den Sozialdemokraten Joseph Bloch: »Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus [...] üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente [...].« (1967 [1890], S. 463) Mit Engels gesprochen hat eine Analyse der multiplen Krise jene Wechselwirkungen mitzudenken. Außerdem ist die Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus, gerade im Kontext von Krisen, zu berücksichtigen. Insofern ist der Kapitalismus als eine Gesellschaftsordnung zu verstehen, die sich in und durch Krisen verändert und dabei andere – auch nicht primär ökonomische Krisen – mit erzeugt. Wiederum auf einen »Klassiker« verwiesen, schreibt Marx im Vorwort des »Kapital«, dass der Kapitalismus »kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der

Umwandlung begriffener Organismus« (1956 [1888]), S.16) sei. Dieser »Organismus« fungiert auch als Motor der multiplen Krise. Hier wäre zu fragen: Wird dieser »Organismus« mit der von ihm hervorgebrachten multiplen Krise fertig, wie kann in diesen katastrophenträchtigen Prozess eingegriffen werden, was steht an dessen Ausgang – womöglich ein neuer Typ von Kapitalismus?

Die multiple Krise im neoliberalen Kapitalismus

Auch wenn der Begriff multiple Krise inzwischen nicht nur in der linken Debatte Verwendung findet, so hat er doch seinen Ursprung in dieser – genauer gesagt in den linken Deutungsversuchen der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007. So schreibt Ulrich Brand: »Der innere Zusammenhang der vielfältigen Krise liegt in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren unter neoliberalen und imperialen Vorzeichen umgebaut wurde.« (2009, S.2) Ähnlich formulieren auch Pauline Bader, Florian Becker, Alex Demirović und Julia Dück: »Unter dem Begriff [...] verstehen wir [...] eine [...] Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus.« (2011, S.13) Die Autor*innen legen also einen Fokus auf die neoliberale Ausprägung des Kapitalismus als Ausgangspunkt der multiplen Krise.² Demgemäß sprechen Elmar Altvater und Margot Geiger auch von einer »multiplen Systemkrise« (2012, S.39). Zwar betonen Altvater und Geiger, dass die der kapitalistischen Produktionsweise inhärente Profitproduktion immer wieder zu Krisenprozessen führe und ein »Gutes Leben« (ebd., S.44) verhindere, jedoch der finanzdominierte Kapitalismus zu einer Wirtschafts- und Finanzkrise geführt habe, »die sich mit der Energie-, Klima- und Nahrungskrise zu einer großen kapitalistischen Systemkrise« (ebd.) verbinde.

Unstrittig unter den genannten und weiteren dem linken bis marxistischen Spektrum zuzuordnenden Autor*innen ist, dass die Krisenelemente der multiplen Krise – entgegen der Begriffsverwendung im Mainstream – nicht additiv zu verstehen sind, sondern einen Zusammenhang bilden. Aber welche kausalen Zusammenhänge bestehen zwischen dem (neoliberalen) Kapitalismus, der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007/2008, den Klima- und Umweltkrisen, der Krise der Reproduktion, der Krise der »westlichen«, bürgerlichen Demokratien, der wachsenden sozialen Ungleichheit und Weltordnungskrisen?³ Sebastian Klauke

2 Einen ähnlichen Fokus setzt Nancy Fraser in ihrem Buch »Der Allesfresser«, wenn sie die gegenwärtige Krise insbesondere »der jahrzehntelangen Finanzialisierung« (2023, S.12) zuschreibt, in der unterschiedliche »Katastrophen konvergieren, sich gegenseitig verschärfen und uns zu verschlingen drohen.« (ebd., S.13)

3 Die Aufzählung von Krisenelementen der multiplen Krise ist nicht abgeschlossen zu verstehen. Es scheint wohl gerade charakteristisch für die gegenwärtige Krisenperiode, dass stetig neue, teils unerwartete Krisen hinzukommen, die nicht unmittelbar, aber auch durch Folgen der kapitalistischen Produktionsweise verursacht sind (z.B. Kriege – vgl. Z 135 – oder auch Epidemien – vgl. Z 123). Ferner fallen in der derzeitigen Konstellation Krisen mit langfristigen und eher kurzfristigen Trends zusammen. So ist der lange Weg des menschengemachten Klimawandels nicht nur mit dem Kapitalismus neoliberalen Typs erklärbar. Mit dem Kapitalismus hat er jedoch Entscheidendes zu tun.

stellt diesbezüglich in einem Wörterbucheintrag zur multiplen Krise verschiedene Fragen zusammen, bei denen Uneinigkeit bzw. Wissens- und Forschungsbedarf existiert: Wie können die verschiedenen Krisen theoretisch aufeinander bezogen werden? Inwiefern handelt es sich um Krisen mit eigenen Dynamiken, Ursachen und Lösungen? Welche (kausalen) Zusammenhänge bestehen untereinander? Ist eine Krise das bestimmende gemeinsame Element? Gibt es eine Krise, die gegenüber den anderen als die wichtigste angesehen werden müsste – bspw. die globale Erderwärmung? (vgl. Klauke 2021, S. 255) Krisen hängen stets auch mit Krisenwahrnehmungen zusammen, die unterschiedlich ausfallen – innerhalb von und insbesondere zwischen verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher Ausprägung kapitalistischer Verhältnisse. So lässt sich eben auch nie, auf der Ebene konkret-politischer Gesellschaftsverhältnisse, von einer gleichen und weltweit dominierenden Art des Kapitalismus sprechen. Er entwickelt sich je nach Region und Land ungleichmäßig und auch ungleichzeitig mit spezifischen Varianten. Daher ist die Frage, welche Krisenelemente existenzieller sein könnten als andere, nicht objektiv beantwortbar.

Die multiple Krise als große Krise?

Warum spielt nun die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 ff. für die multiple Krise eine bedeutende Rolle? Inwiefern kann eine Krise im Kapitalismus der Ausgangspunkt einer multiplen, also großen Krise *im* Kapitalismus sein oder gar zu einer großen Krise *des* Kapitalismus werden, vielleicht sogar als Ausgangspunkt für eine politisch herbeigeführte Überwindung des Kapitalismus?

Dazu bedarf es einer Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Krisenphänomenen, die im Kapitalismus auftreten können. Zunächst sind zyklische Krisen eine sich periodisch wiederholende Normalität des Kapitalismus. Sie können aufgrund von mangelnder Konsumtion, Überproduktion, Überakkumulation oder einer Kombination solcher und weiterer Gründe entstehen. Sie haben für den Kapitalismus auch insofern eine Funktionalität, indem Kapital vernichtet wird und damit Disproportionen ausgeglichen werden können. Auch können so Löhne gesenkt und neue Strategien der Mehrwertabschöpfung ermöglicht werden. Ebenso kann der Modus staatlicher Regulation angepasst werden. Große Krisen haben wiederum einen grundsätzlicheren Charakter für die Entwicklung des Kapitalismus und tragen das Potenzial in sich, eine neue Variante oder Entwicklungsphase des Kapitalismus hervorzubringen. Bisher bekannte Muster der Kapitalakkumulation und der Produktionsweisen geraten an ihre Grenzen – ebenso staatliche Maßnahmen, den Wirtschaftsprozess und die Gesellschaft zu steuern. So sprechen rückblickend Marxist*innen unterschiedlicher Richtung von einer großen Krise der siebziger Jahre, mit der sich aus dem fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskapitalismus der neoliberalen Kapitalismus entwickelte, womit bspw. eine Liberalisierung der Finanzmärkte, eine Transnationalisierung der Kapitalströme und ein Rückbau von sozialen Klassenkompromissen in den Staaten einherging.

Bedeutsam ist, dass solche Annahmen über den Formwandel des Kapitalismus nie als abrupte Brüche zu verstehen sind. Transformationsprozesse des Kapitalismus dauern mehrere Jahre bis Jahrzehnte. Entsprechende Krisen sind daher auch als Krisenperioden zu bezeichnen. Insofern könnte die Krisenperiode seit Ende der nuller Jahre eine solche große Krise sein, was aus Sicht von Zeitzeug*innen wohl nur schwer, sondern eher in der Rückschau zu beurteilen ist. Schließlich wurden grundlegende Fragen staatlicher Eingriffe in die Ökonomie, bspw. eine Regulierung des Finanzwesens, nicht vorgenommen, sondern eher Krisensymptome abgemildert, sodass Georg Fülberth auch von einer »suspendierten Krise« in Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 ff. spricht, die sich jederzeit zu einer systemischen Krise fortentwickeln könne.⁴ Außerdem können Konjunkturkrisen eine von mehreren Krisen sein, die zu einer großen Krise führen. Da sich aber der Kapitalismus nicht ausschließlich aufgrund innerökonomischer Prozesse entwickelt, ist der Formwandel des Kapitalismus nur durch ein Zusammenspiel mehrerer Ursachen zu verstehen. So schreibt auch Antonio Gramsci in seinen Gefängnisheften über die große Krise 1929 ff., die letztlich über einen kriegsgeprägten zu einem fordistisch-keynesianisch geprägten Kapitalismus führte: »Es handelt sich um einen Prozess mit vielfältigen Erscheinungsformen, in dem Ursachen und Wirkungen sich verkomplizieren und überkreuzen. Vereinfachen heißt entstellen und verfälschen.« (1992, Bd. 7, S. 1716) Gramscis Krisenverständnis weist gerade darauf hin, einerseits große Krisen nicht ökonomistisch und andererseits die verschiedenen Krisenelemente einer multiplen Krise nicht voneinander isoliert zu betrachten.

Spitzen sich also derzeit Krisenerscheinungen *im* und teils explizit *durch* den Kapitalismus neoliberalen Typs in einer großen, multiplen Krise zu, an dessen Ausgang einer neuer Typ von Akkumulations- und Regulationsregime entsteht? Auch wenn diese Frage gegenwärtig nicht final beantwortet werden kann, sind doch Trends erkennbar. Dass bisherige Modi staatlicher Lenkung der Ökonomie an ihre Grenzen gekommen sind, ist offensichtlich. Nach Jörg Goldberg müsste eine »neue Entwicklungsphase des Kapitalismus [...] an erster Stelle zur Stabilisierung bzw. Belebung des Akkumulationsprozesses führen, was höhere Realinvestitionen einerseits und eine gewisse Rückbindung der Finanzmärkte an die Akkumulation von »Realkapital« andererseits beinhaltet. Voraussetzung dafür ist die wirksame Regulierung der Finanzmärkte und die Entschärfung ihrer Krisenpotentiale.« (2020, S. 160) Ein neoliberales Verständnis von Marktvertrauen und zurückgezogenem Staat passt nicht (mehr) zu den Anforderungen,⁵ die für eine

4 Siehe dazu den Beitrag von Fülberth zum Marxistischen Kolloquium im Jahr 2021 (kurzelinks.de/Dreieinhalbssystemischekrisen).

5 Ohnehin entsprach die Erzählung eines zurückgezogenen Staates im Neoliberalismus nie der Realität. Zwar zog sich der Staat bspw. aus zahlreichen sozialstaatlichen Verpflichtungen zurück. Staatsausgaben insgesamt haben sich seit den 1970er Jahren aber nicht reduziert – im Gegenteil. Das betrifft Subventionen, Investitionen in das Militär und weitere Rollen des Staates zur Investition und Konsumtion. Der Staat ist integraler Bestandteil des heutigen kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Überwindung der gegenwärtigen Krise im Kapitalismus notwendig sein könnten. Das zeigt sich insbesondere an der Ausbeutung der Natur, deren Folgen Umwelt- und Klimakrisen sind. Die Ausbeutung der Natur braucht auch unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse Grenzen – das ist auch in den meisten bürgerlichen Diskursen angekommen, wenngleich neu-rechte Kräfte wie die AfD dies bestreiten. Einzelne Kapitalfraktionen sind jedoch nicht fähig, Transformationsprozesse in Gang zu setzen, um die auch für den längerfristigen Fortbestand kapitalistischer Profitlogik notwendigen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. So ist für diese der kurz- bis mittelfristige Profit entscheidender. Hier deutet sich ein größeres staatliches Engagement an. Beispiele dafür sind Debatten um Green Deals und Investitionsdebatten in grüne Technologien, u. a. der »Inflation Reduction Act« in den USA.⁶ Von einem »grünen Kapitalismus« sind wir weit entfernt. Jedoch könnte der Kapitalismus nach der derzeitigen Krisenperiode wesentlich etatistischer sein als der bisherige.

Die multiple Krise als organische Krise?

Gerade weil der Ausgang der multiplen Krise ungewiss ist, muss auch auf ihre politische Dimension hingewiesen werden. Dass mit der gegenwärtigen Krisenkonstellation politische Kräfteverhältnisse entstehen bzw. entwickelt werden können, die zu einer Überwindung des Kapitalismus führen, deutet sich nicht an. Verelendung weiter Teile der Welt und auch ein zunehmender Wohlstandsverlust in Deutschland führen nicht unmittelbar zu mehr Klassenbewusstsein. Dies bedarf der politischen Bearbeitung von links, um Kräfteverhältnisse zu verschieben. Ökonomische Krisen können bestehende Herrschaftsverhältnisse ins Wanken bringen, müssen dies aber nicht und können auch herrschaftsstabilisierende Effekte aufweisen.

Um gerade die politische Dimension einer großen Krise im Kapitalismus und der gegenwärtigen multiplen Krise zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf das Konzept der organischen Krise von Antonio Gramsci. Wie auch für andere Überlegungen Gramscis entscheidend, ist die organische Krise durch Hegemoniekämpfe geprägt. Hegemonial sind Gruppen dann, wenn es ihnen gelingt, »alle Fragen, um die der Kampf entbrannt ist, [...] auf eine ›universale‹ Ebene« (1992, Bd. 7, S. 1561) zu stellen. Hegemonie hat die herrschende Klasse mit all ihren sich teils widersprechenden Interessen dann hergestellt, wenn alle oder möglichst viele andere Gruppen das Partikularinteresse der einen Gruppe oder einer Koalition mehrerer Gruppen als universales Interesse begreifen. Dabei kann es auch zu Zugeständnissen kommen, bspw. sozialer Art in Form von Klassenkompromissen, die jedoch »nicht das Wesentliche betreffen« (ebd., S. 1567) – bestehende Eigentumsverhältnisse werden dabei nicht infrage gestellt. Die organische Krise ist demnach eine Krise *im* Kapitalismus, in der eine bisher präsenste Hegemonie nicht mehr aufrechterhalten werden kann. So schreibt Gramsci: »Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt nicht mehr ›führend‹, sondern einzig ›herr-

6 Vgl. den Beitrag von Michael Schwan in diesem Heft.

schend« ist, die Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, dass die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten usw. Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.« (1992, Bd. 2, S. 354) Die neoliberale Hegemonie könnte also sterben, ist zumindest angetastet, aber die auf sie folgende Hegemoniekonstellation ist ebenso noch unklar.

Da die Hegemonie ins Wanken gerät, nehmen Elemente der Zwangsherrschaft zu. Insofern könnten Krisen der politischen Systeme im Westen eine Folge der gegenwärtigen organischen Krise sein – sofern sie eine ist. Diese wurden in den letzten Jahren durch eine Vielzahl an Deutungsversuchen beschrieben: »Postdemokratie« (u. a. Crouch 2008), »Postpolitik« (u. a. Mouffe 2007) »Simulative Demokratie« (Blühdorn 2013), »Autoritärer Kapitalismus« (Deppe 2013) – um nur einige zu nennen. Nach Colin Crouch befinden wir uns seit einiger Zeit auf dem Weg in einen postdemokratischen Zustand, in dem demokratische Institutionen formal intakt sind, jedoch das wesentliche politische Geschehen durch ökonomische Eliten bestimmt wird, die Mehrheit der Menschen »eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle« (2008, S. 10) spielt und »die Chancen [...] für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht« (ebd., S. 11) schlecht stehen. Dies geht mit einem »Ausbau der repressiven Staatsapparate« (Deppe 2013, S. 190) einher, der zwar für die gesamte neoliberale Periode des Kapitalismus charakteristisch war (und ist) (vgl. Hirsch 1998, S. 36), in letzter Zeit jedoch besonders augenscheinlich ist: Militärische Aufrüstung,⁷ Kompetenzerweiterungen von Polizei und Geheimdiensten etc. So erleben bspw. die bei vielen lediglich als historisches Relikt erscheinenden Berufsverbote der siebziger und achtziger Jahre neue Vitalität. Während noch im Jahr 2019 lediglich die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg umfassende Prüfungen der »Verfassungstreue« von Angestellten des öffentlichen Dienstes und Beamt*innen vorsahen (vgl. Feldmann 2019, S. 190 f.), sind entsprechende Verfahren im Bund und in den Ländern größtenteils reinstalled oder geplant.⁸ Dass diese Maßnahmen entgegen der Zeit des »Radikalenerlasses« nun vornehmlich Rechte und weniger Linke treffen, ist angesichts der antiextremistischen Kontinuität der bundesdeutschen Sicherheitspolitik unwahrscheinlich (vgl. Feldmann 2023, S. 287 ff.).

Außerdem gehört zu den Krisensymptomen der westlichen politischen Systeme zweifellos ebenso der Aufstieg rechtspopulistischer, extrem-rechter und faschistischer Bewegungen in Europa und den USA, der auch eine Folge davon ist, dass sich die Massen von bisherigen Ideologien entfernt haben und die politi-

7 Diese begann freilich nicht erst mit der »Zeitenwende« (vgl. den Beitrag von Judith Dellheim in diesem Heft).

8 Die Redaktion der Website berufsverbote.de recherchierte im Jahr 2022, inwiefern der Verfassungsschutz in Einstellungsprozedere des öffentlichen Dienstes (wieder) eingebunden ist (URL: <http://www.berufsverbote.de/index.php/vs-einbeziehung.html> [letzter Zugriff: 25.10.23]).

sche Linke nicht in der Lage ist, das Hegemonie-Vakuum mit eigenen politischen Projekten zu füllen. So stellt Crouch in einem aktuelleren Buch, in dem er seine Postdemokratie-Diagnose aus den nuller Jahren bilanziert, fest, dass dieser Aufstieg der Rechten zwar »eine Gegenbewegung zu postdemokratischen Tendenzen darstellt, in erster Linie aber zu deren Verschärfung führt« (2021, S. 10) und eine Gefahr für die (ohnehin schon angeschlagenen) demokratischen Strukturen darstellt. Dass den rechten Parteien und Bewegungen ein großes Potential an menschenfeindlichen Einstellungsmustern in der Bevölkerung bereitsteht, zeigen zahlreiche Studien schon seit vielen Jahren und wurde in der letzten Bielefelder Mitte-Studie erneut belegt (vgl. Zick/Küpper/Mokros 2023). Wenn jedoch Franziska Schröter in dieser Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung einleitend feststellt, dass »[e]xtrem rechte Narrative über die multiplen Krisen, vermeintliche Erklärungen und vereinfachende Lösungen [...] immer weiter in die Mitte vor[dringen]« und die politische Mitte gleichzeitig eine »hohe Verantwortung für den Fortbestand der Demokratie« habe (2023, S. 15), lässt das den großen Bedarf an fundierten Erklärungen für den Rechtsruck in Deutschland und darüber hinaus deutlich werden. Der Substanzverlust der bürgerlichen Demokratien ist nicht nur Teil der multiplen Krise, sondern im Einklang mit der bereits skizzierten Kapitalismusedwicklung Teil ihrer Ursachen – getragen von der sogenannten politischen Mitte.

Insofern ist der politische Rechtstrend sowohl eine Folge der multiplen Krise als auch deren Beschleuniger. Schließlich werden die Hegemoniekämpfe in der multiplen Krise auch massiv von rechts geführt. Ihr Ausgang ist noch ungewiss. Aber der Aufstieg der Rechten, gepaart mit einer Schwäche der Linken, macht die Herausforderung politischer Antworten in dieser Gesamtkonstellation nicht leichter. Das betrifft alle Elemente der multiplen Krise, insbesondere die zukünftige Demokratieentwicklung und die Bearbeitung der Umwelt- und Klimakrisen,⁹ deren Dringlichkeit offensichtlich ist.

Literatur

- Alexander, Robin (2022): In der Multi-Krise wird erkennbar, woran Scholz sich klammert. In: Welt Online. URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus242470655/Ein-Jahr-Ampel-In-der-Multi-Krise-wird-erkennbar-woran-Scholz-sich-klammert.html> [Zugriff: 25.10.23].
- Altvater, Elmar/Geiger, Margot (2012): Die Mehrfachkrise: warum Land knapp und immer wichtiger wird. In: Exner, Andreas/Fleissner, Peter/Kranzl, Lukas/Zittel, Werner (Hg.): Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter. Wien. S. 8-44.
- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: dies. (Hg.): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg. S. 11-28.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Frankfurt/M.

9 Vgl. den Beitrag von John Bellamy Foster in diesem Heft.

- Brand, Ulrich (2009): *Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen. Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik.* Berlin.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie.* Frankfurt/M.
- Crouch, Colin (2021): *Postdemokratie revisited.* Berlin.
- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand.* Hamburg.
- Deutsche Industrie- und Handelskammer (2023): *Deutsche Unternehmen rüsten sich gegen multiple Krisen.* URL: <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/unternehmen-ruesten-sich-gegen-multiple-krisen—98028> [Zugriff: 25.10.23].
- Engels, Friedrich (1967 [1890]): *Engels an Joseph Bloch.* In: *Marx-Engels-Werke.* Bd. 37. Berlin. S. 462-465.
- Feldmann, Dominik (2019): *Von der Regelanfrage bis zum Fragebogen. Der Wandel der Bestimmungen zur Umsetzung des »Radikalenerlasses« seit 1972.* In: *Heinz-Jung-Stiftung (Hg.): Wer ist denn hier der Verfassungsfeind! Radikalenerlass, Berufsverbote und was von ihnen geblieben ist.* Köln. S. 184-192.
- Feldmann, Dominik (2023): *Demokratie trotz(t) Antiextremismus? Zur Bedeutung von Extremismusprävention für (Ent-) Demokratisierung und politische Bildung.* Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy (2023): *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt.* Berlin.
- Goldberg, Jörg (2021): *Ein neuer Kapitalismus? Grundlagen historischer Kapitalismusanalyse.* Köln.
- Gramsci, Antonio (1992): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe.* Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1998): *Vom Sicherheitsstaat zum Nationalen Wettbewerbsstaat.* Berlin.
- Klauke, Sebastian (2021): *Art. Multiple Krise.* In: *Brunner, Jan/Dobelmann, Anna/Kirst, Sarah/Prause, Louisa (Hg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte.* Bonn. S. 252-258.
- Marx, Karl (1956 [1888]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band.* In: *Marx-Engels-Werke.* Bd. 23. Berlin.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische.* Frankfurt/M.
- O.A. (2023): *Olaf Scholz: »Die Klimaziele sind erreichbar«.* In: *Berliner Morgenpost.* URL: <https://www.morgenpost.de/politik/article238842345/olaf-scholz-bundeskanzler-sommerinterview-ard-heizung.html> [Zugriff: 25.10.23].
- Otto, Ferdinand (2022): *Klarer wird's nicht.* In: *Zeit Online.* URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-07/olaf-scholz-sommerinterview-ard-ukraine-klima> [Zugriff: 25.10.23].
- Schröter, Franziska (2023): *Vorwort der Herausgeberin.* In: *Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.* Bonn. S. 15-18.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.) (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.* Bonn.